Informationsdienst der SPD-Stadtratsfraktion Erlangen

RATHAUS TELEGRAMM

ERLANGEN-WEST III

BÜRGER*INNEN WERDEN ENTSCHEIDEN

Die Bürgerinnen und Bürger erhalten das Wort: Sie werden am 14. Oktober, gleichzeitig mit der Landtagswahl, darüber entscheiden, ob die Voruntersuchung für einen neuen Stadtteil südlich von Büchenbach weitergeführt werden soll.

„Die Entscheidung über die mögliche Entwicklung eines neuen Stadtteils ist für Erlangen von so zentraler Bedeutung, dass die Bürgerinnen und Bürger darüber entscheiden sollen", begründete die SPD-Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister die Zustimmung der SPD zum sogenannten „Ratsentscheid": „Die Landtagswahl bietet dabei die Möglichkeit, diese Entscheidung mit hoher Beteiligung und damit hoher Legitimität zu treffen. Daher war es uns wichtig, nicht ein eventuelles Bürgerbegehren abzuwarten, sondern das Zusammenlegen von Landtagswahl und Entscheid zu ermöglichen." Vor dem Entscheid wird die SPD intensiv für ein „Ja" zur Untersuchung für ein neues Siedlungsgebiet werben: „Wir brauchen in Erlangen dringend bezahlbare Wohnungen. Und es sieht alles danach aus, dass das auch für die nächsten Jahrzehnte so sein wird", so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Philipp Dees: „Die Möglichkeiten, im Bestand Wohnungen zu schaffen alleine reichen dafür aber nicht aus: Auch wenn z.B. auf dem Großparkplatz, dem Areal des Klinikums am Europakanal, entlang der Werner-von-Siemens-Straße, durch Schließen von Baulücken und Nachverdichtung rund 5.000 Wohnungen in den nächsten Jahrzehnten geschaffen werden können: Es fehlen dann noch rund 5.000 Wohnungen, um den Bedarf zu decken. Dafür brauchen wir ein neues Wohngebiet."

Mit einem „Ja" beim Entscheid würde zunächst erstmal nur eine sogenannte Voruntersuchung ermöglicht: In dieser wird geprüft, ob das Gebiet grundsätzlich für eine Siedlungsentwicklung geeignet ist – oder ob z.B. ökologische Fragen dagegenstehen. Ebenso wird im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern und den Landwirtinnen und Landwirten, die aktuell die Flächen bewirtschaften (auch mit denen, die Flächen gepachtet haben) darüber gesprochen, wo genau in dem Untersuchungsgebiet von rund 200 Hektar die geplanten Wohnbauflächen von maximal 100 Hektar (einschließlich Erschließung) entstehen sollen, wie diese aussehen sollen, wie die Verkehrs- und sonstige Erschließung erfolgt, welche Infrastruktur notwendig ist, etc. Dabei ist ein zentrales Ziel, dass alle Landwirtinnen und Landwirte, die ihren Betrieb langfristig weiterführen wollen, dies auch können, z.B. indem sie Ersatzflächen erhalten.

„Gerade dafür ist die Herangehensweise, jetzt eine Entscheidung über die mögliche Siedlungsentwicklung der nächsten Jahrzehnte zu treffen, richtig", erläutert Dees: „Denn nur mit einer langfristigen Planung ist es möglich, die Zukunftsperspektiven für die Landwirtinnen und Landwirte zu entwickeln. Dies betrifft gerade auch die ökologische Landwirtschaft in dem Gebiet, die nicht einfach von einem Jahr auf das nächste die bewirtschaftete Fläche wechseln kann, sondern mehrere Jahre zur Umstellung benötigt." Dabei ist die Voruntersuchung grundsätzlich ergebnisoffen: „Auch wenn wir grundsätzlich dort eine Siedlungsentwicklung wollen: Wenn die Untersuchung ergibt, dass das z.B. aus ökologischen Gründen nicht möglich ist, dann wird natürlich die Siedlungsentwicklung dort nicht weiterverfolgt", so Pfister. ■

Hier finden Sie die Unterlagen zur Abstimmung im Mai-Stadtrat, TOP 25 und 26: https://ratsinfo.erlangen.de/to0040.php?__ksinr=2113953

Und hier aus der Juli-Sitzung die Frage und den Text der Unterrichtung für das Ratsbegehren, TOP 23: https://ratsinfo.erlangen.de/to0040.php?__ksinr=2113971

Erlangen SPD

Hilfe zur Pflege bleibt vor Ort zugänglich

Ziel: Ausbau der Erlanger Pflegeberatung zum Pflegestützpunkt

Gisela Niclas,
Stadt- und Bezirksrätin
www.gisela-niclas.de
gisela.niclas@gmx.de

Bereits vor Jahren war es der SPD-Fraktion gelungen, die städtische Pflegeberatung auf den Weg zu bringen, um den Menschen, die (vor allem im Seniorenalter) pflegebedürftig werden und möglichst zuhause in ihrer gewohnten Umgebung bleiben wollen und ihren Angehörigen umfassende und unabhängige Beratung und Unterstützung zukommen zu lassen.
Denn vor dem Ausfüllen von Formularen muss das persönliche Gespräch stehen, entweder in der städtischen Beratungsstelle oder beim Hausbesuch. Dabei wird Angst vor der neuen Situation abgebaut, gemeinsam ausgelotet, was verändert werden muss, damit trotz Einschränkung daheim der Alltag weiter bewältigt werden kann, wo im Stadtteil die nächste Seniorenanlaufstelle ist, welcher Pflegedienst in Frage kommt usw.

Ab 2018 sind nun nach einer Übergangsfrist die bayerischen Bezirke für die Gewährung von Hilfe zur Pflege nicht mehr nur für den stationären, sondern auch für den ambulanten Bereich zuständig. Das heißt, eine wichtige Leistung geht von der örtlichen Ebene auf die regionale über. Das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) und die Pflegestärkungsgesetze (PSG) II und III schreiben hingegen die Organisation der Hilfen im Sozialraum „vor Ort" vor. Um an den Schnittstellen zwischen dem Sozialraum, einerseits und dem Bezirk als überörtliche Ebene anderseits Spannungen zu vermeiden, hat der Landtag in seinen Umsetzungsgesetzen zu BTHG und PSG II/III alle zur Zusammenarbeit verpflichtet. Es müssen Kooperationsvereinbarungen zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen und den Bezirken geschlossen werden. Auf der Ebene der kommunalen Spitzenverbände konnte ich als Mitglied in den Sozialausschüssen des Städtetages und des Verbandes der Bezirke die intensiven und kontroversen Debatten um die Ausgestaltung dieser Kooperation aktiv mitgestalten mit folgendem Ergebnis:
- Die Sozialplanung im Seniorenbereich bleibt Aufgabe der Städte und Landkreise und wird nicht nach oben verlagert.

- Bereits bestehende Hilfestrukturen vor Ort bleiben erhalten. Bayernweit sollen in allen Städten und Landkreisen Pflegestützpunkte (PSP) errichtet werden.
- Im Rahmen der PSP sollen kreisfreie Städte, Landkreise, Bezirke und Pflegekassen zusammenarbeiten und sich die Kosten teilen. An denen muss sich auch der Freistaat beteiligen (Konnexitätsprinzip). Bislang hat die Gesundheitsministerin allerdings noch keinen einzigen Euro im Entwurf für den nächsten Haushalt.

Wichtig für Erlangen: Durch meine Arbeit im Bezirkstag konnte ich erreichen, dass auch künftig der Antrag auf Hilfe zur Pflege vor Ort gestellt werden kann. Niemand muss nach Ansbach fahren. Das Sozialreferat des Bezirks beabsichtigt, ab Herbst Sprechstunden im Rahmen der städtischen Pflegeberatung einzurichten: Das ist ein erster wichtiger Schritt zur Zusammenarbeit.

Anspruch auf Hilfe zur Pflege nach dem Sozialgesetzbuch XII haben alle pflegebedürftigen Bürger*innen, bei denen die Rente und die Leistung der Pflegeversicherung nicht reichen, um die Kosten zu decken. Für die Gewährung der stationären Hilfe zur Pflege war und ist der Bezirk Mittelfranken zuständig, die ambulante Hilfe zur Pflege gab es bisher vom städtischen Sozialamt.

Hier der Link zu den Ansprechpartnerinnen:
https://www.erlangen.de/desktopdefault.aspx/tabid-1676/3725_read-15767/

Erlangen SPD

Drittes StUB-Dialog-Forum

Zweckverband verfolgt 20 zusätzliche Vorschläge weiter

Aktuelles aus dem Zweckverband StUB erfahren Sie auf der Homepage https://stadtumland-bahn.de

Am 13. Juli informierten sich rund 100 Teilnehmer*innen beim dritten Dialog-Forum zur Stadt-Umland-Bahn (StUB) darüber, welche Alternativen zur aktuellen Vorschlagstrasse es in die engere Auswahl für das Raumordnungsverfahren geschafft haben. Viele Besucher*innen hatten selbst eine der rund 1.000 Eingaben gemacht, die vom Zweckverband und von externen Planern vorbewertet wurden.

„Viele der Anregungen bestätigen die bisherigen Planungen und Überlegungen. Sie zeigen, dass der Zweckverband bürgernah plant und bei den möglichen Veränderungen des Trassenverlaufs auf einem guten Weg ist. Ich freue mich aber besonders über die neuen Anregungen die gekommen sind. Sie helfen uns dabei, einen optimalen Trassenverlauf zu finden. Aber auch die Vorschläge, die jetzt nicht berücksichtigt sind, weil sie sich beispielsweise auf Details beziehen oder auch später denkbare Entwicklungen wie einen Ostast, werden wir im weiteren Prozess gebührend berücksichtigen." So Dr. Florian Janik bei der Begrüßung.

Mehr als die Hälfte der Beiträge haben sich mit der Vorschlagstrasse oder anderen bereits zuvor im Zweckverband bekannten Vorschlägen beschäftigt und werden im weiteren Diskussionsprozess berücksichtigt, ein Viertel etwa hat zusätzliche Äste ins Umland gefordert, insbesondere die Weiterverfolgung der Planungen für den Ostast.

Immerhin 72 neue Variantenideen hat der Zweckverband aus den Beiträgen geformt und bewertet, die bislang noch nicht diskutierte Punkte thematisiert hatten. Für diese hat der Zweckverband Vor- und Nachteile gegenüber der Referenztrasse abgeglichen. Auf jede dieser Varianten wurden elf Hauptkriterien, wie Reisezeit, Investitionen und Auswirkungen auf den Umweltverbund mit insgesamt 21 Unterkriterien angewendet. Diese erste Bewertung stellten Daniel Große-Verspohl, Geschäftsleiter des Zweckverbandes, und der Technische Projektleiter Florian Gräf ausführlich vor.

20 Vorschläge aus der Bürgerschaft haben bei dem Prozess so gut abgeschnitten, dass sie neben den 23 bereits bekannten Varianten weiterverfolgt werden. Darunter sind beispielsweise gleich mehrere Alternativen für den Bereich Tennenlohe oder auch eine alternative Regnitzquerung auf Höhe des Wöhrmühlstegs.

Als nächster Schritt folgt nun die vertiefte Bewertung der Vorschläge, die in der engeren Wahl sind, und eine ausgearbeitete bauliche Vorplanung. Am Ende soll die Linienführung stehen, welche als Vorzugstrasse in das Raumordnungsverfahren gehen wird. Die Verantwortlichen haben sich hierfür einen straffen Zeitplan gesetzt: Bereits zum vierten Dialog-Forum am 28. November sollen für die knapp 50 Alternativen die Abwägungen für das Raumordnungsverfahren vorliegen.

Der Zweckverband Stadt-Umland-Bahn, mit einer Geschäftsstelle in Erlangen, ist zuständig für die Planung der StUB und später auch für den Bau und Betrieb. Mitglieder des ZV StUB sind die Städte Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach.
Bei der Stadt-Umland-Bahn handelt es sich aktuell um eines der größten Straßenbahnprojekte in Deutschland. Geschäftsleiterdes Zweckverbandes ist Daniel Große-Verspohl. Technischer Projektleiter ist Florian Gräf. Verbandsvorsitzender ist derzeit Erlangens Oberbürgermeister Dr. Florian Janik.

Erlangen SPD

Walter Fellermeier

Verleihung der Bürgermedaille

In der Festsitzung des Erlanger Stadtrates am 9. Juli 2018 wurde das engagierte SPD-Mitglied Walter Fellermeier die Bürgermedaille der Stadt Erlangen verliehen. In seiner Laudatio würdigte der Oberbürgermeister besonders dessen Verdienste in den Bereichen Sport und dem Ortsbeirat Frauenaurach.

Walter Fellermeier kam Anfang der 60er Jahre als junger Drucker und Gewerkschafter nach Erlangen, bzw nach Frauenaurache und fand im Sportverein TSV Frauenaurach seine neue Heimat. Schon im folgenden Jahr wurde er als Vorsitzender des Vereins gewählt, obwohl er zu diesem Zeitpunkt noch gar kein Mitglied gewesen war. Unter seinem Vorsitz wandelte sich der TSV in den folgenden Jahren vom Fußball- und Turnverein zum Großverein mit 10 Abteilungen und über 1000 Mitgliedern. Fellermeier setzte sich mit großer Leidenschaft dafür ein, dass neben dem erfolgreichen Leistungssport auch der Breitensport seine Berechtigung erfuhr. Er war federführend bei der Organisation von zahlreichen Spielfesten nicht nur beim TSV Frauenaurach und für den BLSV Sportkreises (dessen Vorsitzender er 2000 bis 2017 war), sondern auch bei Spielfesten in Erlangen beteiligt, so z.B. 1989 beim Trimm-Festival und 2005 in den Regnitzwiesen

Seit 1972 hatte Walter Fellermeier einen festen Sitz im Ortsbeirat Frauenaurach, seit 1978 als Vorsitzender. Auch als die SPD dort keine Mehrheit mehr hatte, hatte er sich soviel Vertrauen erworben, dass auch die CSU ihn zum Vorsitzenden kürte. Zu seinen großen Themen gehörte die Umgehungsstraße, die Verhinderung der Erweiterung des Kraftwerkes bzw der Klärschlammverbrennung und der Erhalt des Zentrums von Frauenaurach (Renovierung historischer Bausubstanz und Bewahrung des Amtshausschüpflas). Des Weiteren pflegte er den Kontakt mit der Partnerstadt Jena und den Kontakte zu den Bezirksbürgermeistern. ■

Veranstaltungstipps

Keine Langeweile auf Balkonien

Stadtrundgang
BESONDERE ERLANGER ORTE FÜR FRAUEN!
Mittwoch | 22. August 2018 | 15:00 Uhr
Start: Eingang Kunstpalais | Marktplatz 1

Anlässlich des hundertjährigen Jubiläums zum Frauenwahlrecht werden bei dem Stadtrundgang mit der Historikerin Nadja Bennewitz Leben und Arbeit wichtiger Frauen aus der Erlanger Geschichte vorgestellt wie Emmy Noether, Doris Ruppenstein und viele andere, die z. T. sogar mit eigenen Straßennamen geehrt wurden. Dies verweist auf die Existenz und den Einfluss von „Frauenorten", Orten, die für Frauen und die Frauenbewegung eine besondere Bedeutung hatten oder möglicherweise immer noch haben.

Gastgeber*innen: Erlanger Frauengruppentreffen
Eintritt: frei | Anmeldung nicht erforderlich

Internationales Gartenfest
Sonntag, 19. August 2018, 15:00-20:00 Uhr
E-Werk, Garten

In Kooperation mit dem Ausländer- und Integrationsbeirat ein kleines aber feines internationales Gartenfest. Hier bieten stadtbekannte Erlanger Vereine und Institutionen landestypische Speisen, Getränke sowie Mode, Accessoires und viele weitere Dinge an. Ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm zeigt die Vielfalt, die in Erlangen in allen Bereichen der Kunst, Kultur und Kommunikation Alltag ist.

Am Programm beteiligen sich bisher:
Centro Argentino, Deutsch-französisches Institut Erlangen, Deutsch-Finnische Gesellschaft, Kasen e.V., Sonnenblume e.V. und der Ausländer- und Integrationsbeirat der Stadt Erlangen.

Der Eintritt ist frei!

Erlangen SPD

BAUGEBIET 412

Bezahlbares Wohnen Ermöglichen

Im Juli hat der Stadtrat die Kriterien für die Grundstücksvergabe im Baugebiet 412 zwischen Adenauerring und Bimbach beschlossen. Dabei wurden strikte Festlegungen beschlossen, damit dort bezahlbare Wohnungen entstehen können.
Drei Grundstücke stehen für Baugruppen zur Verfügung. Hier finden sich mehrere Interessierte zusammen, die gemeinsam ein Mehrfamilienhaus mit Eigentumswohnungen nach ihren Vorstellungen gestalten können. Die Erfahrungen aus dem Baugebiet 411, wo erstmals Baugruppen gebildet wurden, zeigen, dass damit erheblich günstiger gebaut werden kann, als wenn Bauträger Eigentumswohnungen bauen und zu Marktpreisen verkaufen.
Ungefähr ein Drittel der Fläche wird für Mietwohnungsbau reserviert.
Dabei müssen sich die Wohnungsbauunternehmen verpflichten, zu 60 Prozent geförderte Wohnungen zu bauen. Für die weiteren frei finanzierten Wohnungen werden Festlegungen über die Miethöhe getroffen: Für 10 Jahre darf maximal zur ortsüblichen Vergleichsmiete vermietet werden, für sechs Jahre werden für die Erstmieter*innen Mieterhöhungen ausgeschlossen. Außerdem wird für mindestens 15 Jahre untersagt, die Wohnungen in Eigentum aufzuteilen und zu verkaufen.
Auf den restlichen Grundstücken entstehen Eigentumswohnungen und Reihenhäuser. Hier müssen die Bauträger der Stadt ihre Verkaufspreise verbindlich zusagen. Sie werden außerdem verpflichtet, nur an Personen zu verkaufen, die die Wohnungen für mindestens 10 Jahre selbst beziehen Bei den Reihenhäusern gilt zusätzlich, dass die Kostengrenzen des geförderten Wohnungsbaus eingehalten und die Häuser vorrangig an Haushalte verkauft werden müssen, die die Kriterien für gefördertes Eigentum erfüllen. Die Einkommensgrenze liegt hier für ein Paar mit zwei Kindern bei gut 83.500 Euro.
„Mit diesem Beschluss zeigen wir, dass wir für bezahlbares Wohnen in Erlangen stehen", freut sich der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Philipp Dees: „Die getroffenen Regelungen stellen sicher, dass Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen im Baugebiet 412 eine Wohnung finden werden." Getroffen werden können derartige Regelungen aber nur, weil die Stadt alle Grundstücke im Baugebiet selbst verkauft. Dies wurde möglich, weil die Stadt über eine „städtebauliche Entwicklungsmaßnahme" – wie sie auch für Erlangen-West III geplant ist – Eigentümerin aller Grundstücke im Baugebiet wurde. ■

Andrea Nahles in Erlangen

Besuch des Siemens-Campus und -Ausbildungszentrums

Die SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles hat sich bei einem Besuch in Erlangen über den Siemens-Campus informiert und das neue Siemens-Ausbildungszentrum besichtigt. Nahles zeigte sich dabei beeindruckt von dem Bauvorhaben. Viel Interesse weckten aber auch die modernen Ausbildungsmethoden, mit denen die Auszubildenden bei Siemens auch für die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt wie die Digitalisierung fit gemacht werden, aber gleichzeitig auch eine fundierte Berufsausbildung erhalten. Auch das Engagement von Siemens bei der Ausbildung von Geflüchteten würdigte Nahles und zeigte sich optimistisch, mit dem noch für dieses Jahr geplanten Einwanderungsgesetz bürokratische Hürden in diesem Bereich deutlich reduzieren zu können. ■

Erlangen SPD

Freiraumideen für das BBGZ

Sport und Freizeitangebot für die Bewohner von SüdOst

Gegenüber dem Röthelheimbad wird mit Hilfe des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes „ISEK Südost" ein Bürger-, Begegnungs- und Gesundheitszentrum an der Hartmannstraße entstehen. Während die Planung für die darin enthaltene Vierfachsporthalle sich bereits in der Realisierungsphase befindet, wurden nun in einem Bürgerworkshop Möglichkeiten für den Freiraum rund um das BBGZ gesucht. Themenfelder wie Begegnung-Kommunikation-Verweilen, Bewegung- Spielen-Erfahren, Aktivität- Sport- Fitness wurden geprüft und bewertet, denn Ziel ist es, mit dem frei zugänglichen Raum einen Ort der Begegnung aus den Fördermitteln soziale Stadt zu schaffen.

Ein Freiraumplaner wird in nun zusammen mit dem städtischen Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung das rund 200m² große Forum an der Nordseite der Sporthalle und einem Laufband rund um das ganze Areal entwickeln und dabei versuchen, möglichst die Ideen und Anregungen aus der Bürgerschaft umzusetzen. Eine reizvolle Aufgabe, gab es doch u.a. Vorschläge wie eine (gelenkschonende) Finnenbahn, ein Vielfachspielfeld, Wasserspiele und einen frei nutzbaren Fitnessparcours. ■

Ortsbeirat Kriegenbrunn

Jens Schäfer jüngster Vorsitzender

Seit den Kommunalwahlen 2014 leitet der IT-Spezialist Jens Schäfer (SPD) den Ortsbeirat Kriegenbrunn, mit seinen 27 Jahren als jüngster Vorsitzender, und dass, obwohl er diesem Gremium zuvor gar nicht angehörte. In den vergangen 4 Jahren hat er dabei zusammen mit dem Ortsbeirat viele für den Ortsteil wesentliche Themen voranbringen können. Allen voran ist dabei die Umsetzung des Bürgerhauses Kriegenbrunn zu nennen, ein Gebäude dessen erste Planungen bereits mehr als 25 Jahre zurückliegen, in dem aber nun ab 2019 alle Kriegenbrunner Vereine sowie die Frewiliilge Feuerwehr ein neues Zuhause finden werden. Auch die Schaffung des barrierefreien Radwegs entlang der Bahngleise zwischen Frauenaurach und Bruck ist auf den Antrag des Ortsbeirates Kriegenbrunn zurückzuführen. Durch den Neubau der Kriegenbrunner Schleuse ab dem nächsten Jahr war eine Umgehung unter anderem für die Schüler notwendig geworden. Ein Großbauprojekt wie eine Schleuse benötigt viel Abstimmung mit den entsprechenden Behörden, dem Bauträger, der Stadtverwaltung sowie den Anwohnern. Hier ist der Ortsbeirat aktiv eingebunden und hilft Probleme aus dem Weg zu räumen, bevor diese entstehen.

Darüber hinaus ist Jens Schäfer mit seinem Ortsbeirat für viele kleinere Themen die in einem Stadtrat sonst keine Beachtung finden würden, den Bewohnern aber trotzdem am Herzen liegen, zuständig. Dabei arbeitet der Ortsbeirat in einer Vermittlerrolle zwischen der Stadtverwaltung, dem Stadtrat und den Bürgern des Ortes, bezieht über Beschlüsse aber auch klare Positionen zu strittigen Punkten und ist ganz allgemein Ansprechpartner Nummer 1 für alle Themen im Ort. Das ist sicherlich auch der Grund dafür, warum der Vorsitzende noch heute (immerhin 46 Jahre nach der Eingemeindung) von den Kriegenbrunnern mit „Bürgermeister" angesprochen wird. Jens ist darüber hinaus Vorsitzende des SPD-Distrikts Frauenaurach, zu dem auch Kriegenbrunn gehört. ■

Kontakt zum Ortsbeirat über schaefer-jens@gmx.net

Die Tagesordnungen zu den Sitzungen können Sie hier einsehen: https://ratsinfo.erlangen.de/si0041.php?__ctopic=gr&__kgrnr=12

RATHAUS TELEGRAMM 05/ 2018: IMPRESSUM
Das SPD-Rathaustelegramm wird durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen erstellt,
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen, Telefon: 09131-862225 - Fax: 09131-862181
Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de - Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Verantwortlich: Barbara Pfister- Redaktionelle Gestaltung: Saskia Coerlin

Erlangen SPD